

„Nicht bereit zu sterben, damit Amerika überlebt“

DGB Rheinland-Pfalz fordert: Kein Giftgas in der Bundesrepublik

Pressestelle

Der DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz will eine Verfassungsbeschwerde gegen die Lagerung von Giftgas in der Bundesrepublik einreichen. Vorsitzender Julius Lehlbach nennt die Gründe. Mit ihm sprachen Thomas Leif und Leo A. Müller.

Vorwärts: Herr Lehlbach, der DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz reicht jetzt eine Verfassungsbeschwerde gegen die Bundesregierung in Karlsruhe ein. Warum?

Julius Lehlbach: Die Verfassungsbeschwerde richtet sich gegen die Lagerung amerikanischer Giftgase auf dem Boden der Bundesrepublik, besonders in der Westpfalz. Deutschland ist 1925 der Genfer Konvention gegen Giftgas beigetreten. 1954 hat die Bundesregierung – damals unter Adenauer – feierlich auf die Produktion und damit auch auf die Lagerung von Giftgas verzichtet. Bundeskanzler Schmidt hat sich 1978 vor der NATO gerühmt, die Bundesrepublik sei offen für Untersuchungen, ob auch dieser Produktionsverzicht eingehalten wird. Er hat diese Erklärung dann vor dem Bundestag wiederholt. Es ist widersinnig, daß man einerseits diese Angriffswaffe, dieses Massenvernichtungsmittel nicht selbst produzieren und lagern will, auf der anderen Seite aber billigt, daß die Amerikaner Giftgas lagern; in einer Menge, die ausreicht, ganz Europa zu vernichten.

Vorwärts: Warum wurde erst jetzt das politische Instrument der Verfassungsbeschwerde eingesetzt?

Lehlbach: Wir sind seit über einem Jahr dabei, die politischen Instanzen zu drängen, dafür zu sorgen, daß dieses Giftgas und damit auch die Bedrohung für die Bevölkerung aus der Bundesrepublik verschwindet. Es ist ja nicht so wie in Amerika, daß hier die Bevölkerung darüber aufgeklärt wäre, wo das Giftgas gelagert ist, welche Schutzmaßnahmen ergriffen werden, um gegen einen Transportunfall oder einen Unfall im Depot gesichert zu sein. So kann man mit Ratten und Mäu-

sen verfahren, die man vergasen kann, nicht aber mit der Bevölkerung der Bundesrepublik, die durch dieses Giftgas ja ständig tödlich bedroht ist.

Vorwärts: Gibt es eine Hebelwirkung von dem Verfassungsbegehren auf die Nachrüstungsfrage?

Lehlbach: Ich glaube schon. Man muß aber den Tenor des Urteils des Bundesverfassungsgerichts abwarten, um sagen zu können, ob dieses Urteil weitere Auswirkungen auch auf die sogenannte Nachrüstung haben kann. Ich kann mir vorstellen, daß Karlsruhe jetzt auch den Druck der Öffentlichkeit spürt und eine Entscheidung nicht auf die lange Bank schiebt.

Vorwärts: Sie haben in Sachen Giftgas auch den rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten geschrieben?

Lehlbach: Ich habe den Abgeordneten vorgeworfen, nicht nach Artikel 2, Absatz 2 des Grundgesetzes gehandelt zu haben, der ja den Schutz und die Unversehrtheit der Bevölkerung und die Menschenrechte abdeckt. Es wäre ein Gesetz fällig gewesen.

Vorwärts: Die Amerikaner planen offensichtlich eine Erweiterung der Giftgas-Bestände in der Pfalz. Kann man bei dieser politischen Entwicklung noch von der Souveränität der Bundesrepublik sprechen?

Lehlbach: Eben dies frage ich mich auch. Es muß einmal ganz deutlich gesagt werden, daß wir keine Gladiatorentruppe der Amerikaner sind, die bereit ist zu sterben, damit Amerika überleben kann.

Vorwärts: Sind maßgebliche Politiker wirklich so schlecht über die Lagerung von Giftgas informiert, wie sie vorgeben?

Lehlbach: Ich bin überzeugt, daß die Ministerpräsidenten, auch die Bundestagsabgeordneten nicht darüber informiert sind, wo dieses Zeug lagert.

Aber die Bundesregierung ist informiert. Sie muß seit 1955 bei der Lagerung von Giftgas mitgewirkt haben und weiterwirken. Das geht aus dem Wortlaut des NATO-Vertrages hervor. Meines Erachtens ist sie insoweit auch schuldig geworden.

Vorwärts: Wird Ihr Engagement gegen die Lagerung von Giftgas durch die Friedensbewegung bestärkt?

Lehlbach: Ganz sicher. Die Gewerkschaftsbewegung war seit ihrem Bestehen Teil der Friedensbewegung. Dies ist auch beim letzten Bundeskongreß des DGB wieder deutlich geworden, der sich ja nachdrücklich sowohl gegen die Neutronenwaffe, gegen die Lagerung von Giftgas als auch gegen die Nachrüstung mit atomaren Waffen auf dem Boden der Bundesrepublik ausgesprochen hat. Damit sind wir zur größten Friedensbewegung der Bundesrepublik geworden.

Vorwärts: Was sind Ihre persönlichen Motive, engagiert gegen die chemische Aufrüstung zu kämpfen?

Lehlbach: Ich bin Opfer und Zeuge der Nazi-Diktatur und des fürchterlichen Zweiten Weltkrieges. Als ich 1945 schwer kriegsverletzt auf den Trümmern unseres Vaterlandes saß, habe ich mir geschworen, alles in meiner Macht Stehende zu tun, um zu verhindern, daß sich derartiges wiederholt.

Vorwärts: Sind Sie der friedenspolitische Lafontaine oder Eppler des DGB?

Lehlbach: Im DGB gibt es viele Kolleginnen und Kollegen, die in der Friedensfrage meine Meinung vertreten. Ich möchte nicht herausgehoben handeln. Ich bin Teil des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Vielleicht verstehe ich es, die Position des DGB etwas deutlicher zu artikulieren als andere. Aber ich möchte keine Galionsfigur sein.

26. AUG. 1982

Vorwärts